

Die stetigen Steuererhöher

Finanznot der Kommunen sorgt für steigende Gewerbe- und Grundsteuern.

- ▶ Die am höchsten verschuldeten Kommunen haben die höchsten Sätze.
- ▶ Eine Umfrage zeigt: Auch viele Bürgermeister sehen großen Reformbedarf.

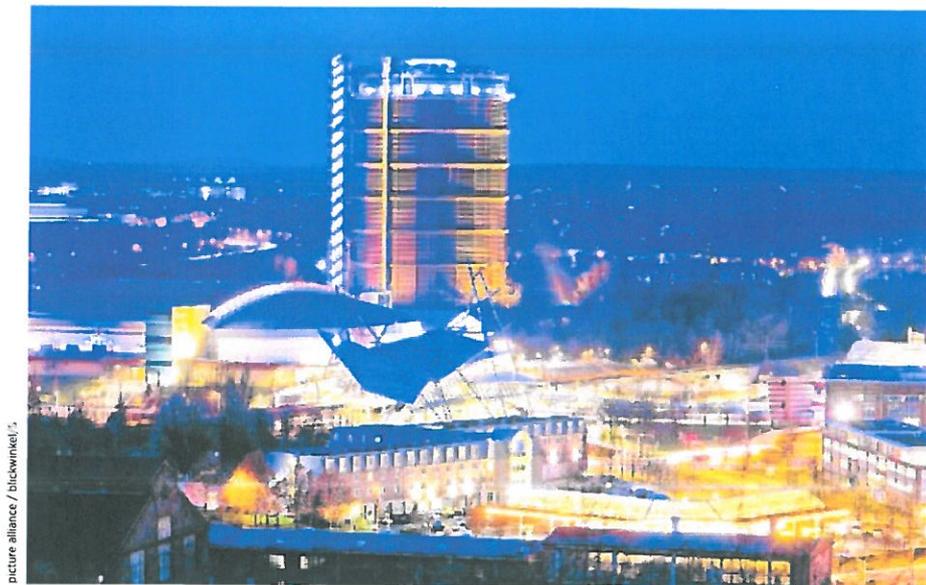
Donata Riedel
Berlin

Steuersätze zu erhöhen gilt in Deutschland seit längerem als Tabu - zumindest bei Einkommen-, Körperschaft- und Kapitalertragsteuern. Völlig anders ist das bei den Gemeindesteuern: Die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer steigen im Durchschnitt der Kommunen Jahr für Jahr, wie eine Umfrage des wirtschaftsnahen Instituts für Steuern (IfST) und des DIHK zeigt, die dem Handelsblatt vorliegt. „Auch 2015 sahen sich in einigen Regionen die Unternehmen wieder massiven Steuererhöhungen gegenüber“, sagt IfST-Chefin Johanna Hey.

Für alle Gemeinden ab 50 000 Einwohnern erreichte der Hebesatz im Durchschnitt 448 Prozent, nach 446 Prozent im Vorjahr und 432 Prozent im Jahr 2009. Nur Wilhelmshaven und Wernigerode senkten ihren Hebesatz, dagegen erhöhten ihn 146 der 676 Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern.

Die Gewerbesteuer ist mit 45 Milliarden Euro Aufkommen jährlich die größte Gemeindesteuer; aber auch bei der mit zwölf Milliarden Euro kleineren Grundsteuer B zeigt der Trend nur in eine Richtung: nach oben. Der durchschnittliche Hebesatz stieg 2015 um 17 Prozentpunkte auf 517 Prozent.

Grundsätzlich wird die Autonomie der Gemeinden, den Steuersatz selbst festzulegen, damit begründet, dass sie für die Unternehmen ja auch Infrastruktur bereithalten. Die Erhöhungen der jüngsten Zeit begründen die vom IfST befragten Bürgermeister aber fast ausschließlich mit Finanznöten und nicht mit Investitionen etwa in Verbesserungen ihrer



Oberhausen bei Nacht: Hohe Schulden, hohe Gewerbesteuerhebesätze.

Gewerbegebiete. 73 Prozent nannten das Haushaltsdefizit als Grund für die Steuererhöhung.

Da wundert es denn auch nicht, dass die Städte mit den höchsten Hebesätzen die am höchsten verschuldeten in NRW sind: Oberhausen, Marl und Hagen. Ob eine Stadt ihren Hebesatz erhöht, hängt demnach auch nicht von der Parteifarbe ab: Ob ein Bürgermeister der CDU oder der SPD angehört, lässt sich nicht am Hebesatz ablesen.

Nur zwei Prozent der Befragten fürchteten, dass eine Firma abwandern könnte, wenn der Hebesatz zu sehr steigt; 79 Prozent rechneten

nicht mit Firmenabwanderung. Unternehmer schätzten dies in einer ergänzenden nichtrepräsentativen Umfrage des IfST anders ein: Wenn es zwischen einer Großstadt und ihrem Umland einen Hebesatzunterschied von mehr als zehn Prozentpunkten gäbe, dächten sie über eine Betriebsverlagerung nach. Womöglich aber ist der Zug ins Umland weitgehend erfolgt: Das größte Hebesatzgefälle besteht heute zwischen Großstädten und ihren Umlandgemeinden. Ansonsten: Steuerwettbewerb zwischen Kommunen gibt es nicht, lässt sich die Studie zusammenfassen.

Unzufrieden mit der Gewerbesteuer sind nicht nur Unternehmer, sondern auch die Bürgermeister. „Die Mehrheit der Bürgermeister sieht einen Reformbedarf“, sagt Hey. 48 Prozent sprachen sich dafür aus, die Bemessungsgrundlage an die der Körperschaftsteuer anzupassen. Heute, mit den Aufschlägen etwa auf Mieten, fürchteten auch die Bürgermeister die Streitanzfälligkeit mit der Gefahr, womöglich Jahre später zu Rückzahlungen verurteilt zu werden.

Der letzte Anlauf für eine Gewerbesteuerreform war 2011, als Union und FDP regierten, am Widerstand der Kommunen gescheitert. Auch heute stellt das IfST fest, dass die Ziele von Bürgermeistern und Unternehmern gegensätzlich sind: Die Firmen wollen, dass die Gewerbesteuerlast sinkt, 80 Prozent der Bürgermeister dagegen wollen eine breitere Steuerbasis und damit höhere Einnahmen erzielen.

In der Koalition ist der Reformwille gering. Unionsfraktionsvize Ralph Brinkhaus (CDU) sieht zwar generell den Bedarf, die Gewerbesteuer zu vereinfachen, aber keine Chance, dies zu tun. „Dies ist nicht im Koalitionsvertrag verabredet, und bei unserem Koalitionspartner gibt es keine Anzeichen zur Bereitschaft“, sagte er dem Handelsblatt. Auch der Deutsche Städtetag rechnet nicht mit einer Reform der Gewerbesteuer, so der stellvertretende Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy: „Wir vertrauen auf den Koalitionsvertrag, der uns Planungssicherheit auf der Basis des geltenden Rechts zusichert.“



Unternehmen sehen sich massiven Steuererhöhungen gegenüber.

Johanna Hey
Institut Finanzen und Steuern